



## Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 10.08.2010

### Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 24.06.2010, 15:30 Uhr bis 18:14 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Stellvertretender Vorsitzender

Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
--------------------------	-------

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD	
Herr Frank Schneider	SPD	Vertreter für Herrn Ott
Frau Monika Schultes	SPD	
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD	
Herr Bernhard Ensmann	CDU	
Frau Hildburg Holländer	CDU	bis 17.16 Uhr anwesend (TOP 4.1)
Herr Niklas Kienitz	CDU	bis 18.10 Uhr anwesend (TOP 17.1)
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU	
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Marion Lüttig	GRÜNE	
Frau Katja Hoyer	FDP	
Frau Regina Wilden	auf Vorschlag von pro Köln	

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.
------------------------	------------

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD	bis 18.05 Uhr anwesend
-----------------------	-----------------------	------------------------

Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP	
Frau Lisa Steinmann	auf Vorschlag der SPD	
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU	
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU	bis 18.04 Uhr anwesend
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken	
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der pro Köln	

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Roswitha-Cornelia Burauen	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Firma Antonella Giurano	auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Annelie Appelmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Vorschläge der Wohlfahrtsverbände**

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

### **Verwaltung**

Herr Dr. Herbert Berger	535
Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	V
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2
Herr Georg Graf	61/2
Herr Wolfgang Guth	50/2
Frau Maria Kröger	15
Herr Klaus Müller-Starmann	50/0 ARGE
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1
Herr Stephan Santelmann	50
Herr Michael Schleicher	56 + 5620
Herr Ulrich Wendler	50/2
Frau Ute Weber	50/25

### **Gäste**

Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld	zu TOP C.
--------------------	-------------------------	-----------

## Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer

V/1

## Entschuldigt fehlen:

Herr Jochen Ott	SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Michaela Diers	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

RM Herr Ensmann kritisiert die große Anzahl sehr kurzfristig umgedruckter Unterlagen und die weiteren fünf Tischvorlagen. Herr Ensmann bittet, alle neu zugesetzten Punkte auf die kommende Sitzung zu vertagen.

SB Herr Dr. Schulz, RM Frau Hoyer und SB Frau Wilden schließen sich grundsätzlich der Bitte von Herrn Ensmann an.

Die Mitglieder des Ausschusses verständigen sich jedoch abschließend darauf, die zugesetzten Beschlussvorlagen 12.2 und 12.3 auf Grund der Eilbedürftigkeit in der Sache dennoch in der heutigen Sitzung zu beschließen.

Somit werden die folgenden Punkte auf die nächste Sitzung vertagt:

3.7 – 3.9, 4.5, 4.6, 4.8, 4.9, 5.5, 6.1, 6.3, 7.1, 10.1 – 10.3, 12.4, 12.5, 16.1 und 17.2

Auf die Sondersitzung am 05.07.2010 wird der TOP 6.2 verschoben.

Frau Bredehorst merkt an, die Verwaltung habe die Intention, Beschlussvorlagen möglichst nicht so kurzfristig in eine Sitzung einzubringen. Durch das verwaltungsinterne Mitzeichnungsverfahren sei dies in diesen Fällen bedauerlicherweise nicht möglich gewesen.

Frau Bredehorst fügt hinzu, anders sei es bei Mitteilungen, die die Verwaltung auch kurzfristig einbringe. In diesen Fällen solle der Ausschuss in der jeweiligen Sitzung entscheiden, wann er die Vorlagen beraten wolle.

Außerdem kündigt Frau Bredehorst eine Beschlussvorlage im Rahmen des Konjunkturpakets II an. Da sich ein anderes Projekt nicht realisieren lasse, sei eine Umschichtung erforderlich. Als neues Projekt im Rahmen des Konjunkturpaketes II werde die Verwaltung vorschlagen, eine Erneuerung der Fenster im Bürgerzentrum Alte Feuerwache vorzunehmen. Diese Beschlussvorlage müsse vor der Sommerpause im Rat entschieden werden. Da die verwaltungsinterne Mitzeichnung der Kämmerei noch nicht abgeschlossen sei, konnte die Beschlussvorlage zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren nicht mehr erfolgen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling schlägt vor, den TOP 4.7 unter dem TOP 8.1 zu beraten.

Die Ausschussmitglieder stimmen der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- A. Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen gem. § 5 der Hauptsatzung
- B. Beschlussfassung über das Hinzuziehen von Sachverständigen gem. § 36 Abs. 4 GeschO zu TOP C.
- C. Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren (mündliche Präsentation)

#### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

#### **3 Beantwortung von Anfragen**

- 3.1 Beantwortung der Anfragen von Frau Schmerbach und Herrn Detjen zum Erfahrungsbericht zur Integationsvereinbarung 2008  
2036/2010
- 3.2 Patenprojekt für psychosozial belastete Familien: Anfrage von RM Frau Schmerbach in der Sitzung am 06.05.2010  
2159/2010
- 3.3 Auffälliger Alkoholkonsum in den Stadtbezirken während der Karnevalstage hier: Beantwortung einer Anfrage aus dem Gesundheitsausschuss  
2173/2010
- 3.4 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen,..." fand sehr großen Anklang hier: Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 27.04.2010  
2258/2010
- 3.5 Sachstand Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige KAD II hier: Anfrage von SE Herrn Klein in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 06.05.2010  
2261/2010

- 3.6 Ermessensbindungen bei Förderentscheidungen  
hier: Nachfrage von Herrn Krücker in der Ausschusssitzung am 06.05.2010  
2572/2010
- 3.7 Antwortschreiben der Kämmerei bezüglich des Brandbriefes der Liga der  
Wohlfahrtsverbände  
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann  
2520/2010  
*vertagt*
- 3.8 Finanzierung der Vorsorgemappe der Kölner Seniorenvertretung  
2388/2010  
*vertagt*
- 3.9 Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln  
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16.04.2009  
AN/0700/2009, Antwort der Verwaltung in der Sitzung am 26.11.2009  
(3351/2009)  
2322/2010  
*vertagt*
- 4 Mitteilungen**
- 4.1 Förderung von Partizipation in benachteiligten Stadtvierteln  
Mitteilung über die Ergebnisse der Abfrage bestehender und erforderlicher  
Angebote bei der LIGA der Wohlfahrtsverbände  
1036/2010
- 4.2 Neuer Stadtteilrundgang durch Köln-Bickendorf erschienen  
2079/2010
- 4.3 Einschulungshilfen für Erstklässler zum Schuljahr 2010/2011  
1869/2010
- 4.4 Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt  
1778/2010
- 4.5 Diskussionspapier der Kultusministerkonferenz "Pädagogische und rechtliche  
Aspekte der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom  
13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderung (Behinderten-  
rechtskonvention - VN-BRK) in der schulischen Bildung"  
2372/2010  
*vertagt*
- 4.6 Konzept zur Sicherung des Möbelverbundes unter Einbeziehung zulässiger  
öffentlicher Beschäftigungsförderung  
2465/2010  
*vertagt*

4.7 Mülheim - Programm: Fortführung des Stadtteilzentrums Buchforst in Trägerschaft des Runden Tisches Buchforst e.V.  
hier: Mitteilung der geförderten Fortführung bis Ende 2011 an politische Ausschüsse  
2437/2010

4.8 Kölner Netzwerk Bürgerengagement  
Sachstandsbericht 2009 bis Mitte 2010  
2535/2010  
*vertagt*

4.9 Kooperationsvereinbarung zu Leistungen der Eingliederungshilfe und zu Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch XII zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Köln  
2543/2010  
*vertagt*

## **5 Wohnen**

5.1 Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau  
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
1455/2010

5.2 Festsetzungsmöglichkeit für öffentlich geförderten Wohnungsbau  
0363/2010

5.3 Situation des Kölner Baulückenprogramms  
Bisherige Verfahrensweise und Erfolge  
1823/2010

5.4 Handlungskonzept Strategisches Flächenmanagement  
2000/2010

5.5 Sachstandsbericht zu den städtisch geförderten fünf Pilotprojekten "Mehrgenerationenwohnen in Köln"  
2175/2010  
*vertagt*

## **6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln**

6.1 Information über die im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts Mülheim 2020 aufgelegten Starterprojekte "Frau und Beruf" und "Mülheimer Job.Factory - Aktiv Plus"  
2364/2010  
*vertagt*

- 6.2 Halbjahresbericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln / 1. Hj. 2010  
2524/2010  
*vertagt in die Sondersitzung am 05.07.2010*
- 6.3 Interessenbekundung zur Durchführung des Modellprojektes "Bürgerarbeit"  
des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales  
2567/2010  
*vertagt*
- 7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**
- 7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 06/2010  
2517/2010  
*vertagt*
- 8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 8.1 Finanzierung Stadtteilzentrum Buchforst  
hier: Antrag der Fraktion DieLinke.Köln vom 31.05.2010  
AN/1037/2010
- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
- 9.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln  
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom  
04.05.2010  
AN/0872 /2010
- 9.1.2 Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtvierteln  
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.05.2010  
AN/0895 /2010
- 9.2 Aktuelle Anfragen
- 9.2.1 Trinkräume für Köln  
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.06.2010  
AN/0930/2010
- 10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes  
Nordrhein-Westfalen**
- 10.1 Bürgerhaushalt 2010 - Vorschlag Nr. 66: Runder Tisch Buchforst  
2462/2010  
*vertagt*

10.2 Bürgerhaushalt 2010 - Vorschlag Nr. 1527 Bürgerzentrum Engelshof  
2463/2010  
*vertagt*

10.3 Bürgerhaushalt 2010 - Vorschlag Nr. 330 Bürgerhaus Mütze  
2464/2010  
*vertagt*

## **11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

## **12 Ausschussempfehlungen an den Rat**

12.1 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen (Az.: 02-1600-92/09)  
0306/2010

12.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.06.2010  
AN/1132 /2010

12.1.2 mündlicher Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen

12.2 Anbau eines Aufzuges im Bürgerzentrum Deutz  
1922/2010

12.3 Bürgerzentrum Deutz - Realisierung Integrations-Gastronomie durch Umbau der Küche  
1929/2010

12.4 Leitbild Köln 2020  
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht  
2225/2010  
*vertagt*

12.5 Zuschuss für das Zentrum für Therapeutisches Reiten Köln e.V.  
0214/2010  
*vertagt*

## **13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

13.1 "Kunstsehen" - Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan Köln  
1937/2010

13.2 Barrierefreiheit im Kulturzentrum am Neumarkt (KAN)  
1939/2010



## **14      Anfragen**

- 14.1    Wohnungslose Menschen mit Pflegebedarf  
hier: mündliche Anfrage von RM Frau Lüttig

## **I. Öffentlicher Teil**

### **A. Verpflichtung sachkundiger Einwohner/innen gem. § 5 der Hauptsatzung**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verpflichtet gem. § 5 der Hauptsatzung Frau Elke Lerchner und Frau Bärbel von der Linde zu sachkundigen Einwohnerinnen.

### **B. Beschlussfassung über das Hinzuziehen von Sachverständigen gem. § 36 Abs. 4 GeschO zu TOP C.**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, Herrn Krüger (Vorstandsvorsitzender des Bürgerzentrums Ehrenfeld) gem. § 36 Abs. 4 GeschO als Sachverständigen zu TOP C zu hören.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

### **C. Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren (mündliche Präsentation)**

Herr Santelmann berichtet über den wesentlichen Beitrag der Bürgerhäuser und -zentren für die Erhaltung der sozialen Balance in den einzelnen Stadtbezirken und auch im gesamten Köln. Die Bedeutung der Bürgerhäuser und -zentren sei auch deshalb so wertvoll, da diese mit anderen Hilfen und Netzwerken gut vernetzt seien. Herr Santelmann verdeutlicht dies an den Beispielen des Sozialraummodells, den Seniorennetzwerken und des „Lokalen Büros – Die Chance“ in Chorweiler. Weiterhin führt Herr Santelmann die wichtigen Aspekte auf, die die Bürgerhäuser und -zentren kennzeichnen.

Herr Guth gibt einige Erläuterungen zu den bisherigen Anerkennungen und Auszeichnungen und stellt das Kölner 3-Säulen-Modell der Bürgerhäuser und -zentren vor. Dieses sei einmalig im Bundesgebiet und stütze sich auf die Säulen Sozialarbeit, Kulturarbeit und Bildungsarbeit. Diese Säulen ermöglichen Begegnungen und Kommunikation und den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern untereinander aber auch den Dialog mit Verwaltung und Politik. Herr Guth fügt hinzu, weit über 1 Mio. Menschen nehmen jährlich die Angebote der Bürgerhäuser und -zentren in Anspruch.

Herr Wendler, Frau Weber und Herr Krüger informieren nachfolgend über die Wirkungen und Leistungen der Bürgerhäuser und -zentren.

Herr Wendler teilt mit, zwar seien die Bürgerhäuser und -zentren auf ihre Weise einzigartig, jedoch die Wirkungen auf die Sozialräume seien nahezu gleich. Die Angebote zielen auf alle Menschen in ihrer unmittelbaren Lebensumgebung ab, seien zielgrup-

penspezifisch und generationsübergreifend. Jedes Bürgerhaus –zentrum habe einen Blick auf die Ressourcen im Stadtteil und fördere die Stadtteil- und Interkultur.

Herr Wendler erläutert die umfangreichen Wirkungen und Leistungen an einigen Beispielen.

Frau Weber, Leiterin des Bürgerzentrums Chorweiler, zeigt die Arbeit und Bedeutung an einigen Beispielen der Arbeit des Bürgerzentrums Chorweiler auf. Über den Zusammenschluss der Bürgerhäuser und –zentren zu den „Kölner Elf“ gebe es auch eine Vernetzung untereinander. Diese habe einen Gewinn an Nutzungsfrequenzen und Synergieeffekte hervorgebracht.

Frau Weber nimmt abschließend Bezug auf die für 2010 verfügbaren linearen Kürzungen. Sie erklärt, warum Einsparungen nur bei den Ausgaben möglich seien, denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Daraus folgert Frau Weber, dass präventive und pädagogische Arbeit eingestellt werden müsse.

Natürlich seien die Kölner Bürgerhäuser und –zentren bereit, zu sparen, Frau Weber bittet jedoch von den linearen Kürzungen Abstand zu nehmen und im Dialog mit den Fachkräften vor Ort passgenauere Einsparungen zu entwickeln.

Herr Krüger, Vorstandsvorsitzender des Bürgerzentrums Ehrenfeld, ist erfreut über die von der Verwaltung entgegengebrachte Wertschätzung für die Bürgerhäuser und –zentren. Herr Krüger betont, dass die Bürgerzentren einen ganz erheblichen Beitrag zur sozialen Infrastruktur der Stadt leisten.

Er hebt hervor, die Leistungen werden in erster Linie von den Menschen erbracht, die in diesen Bürgerhäusern und –zentren arbeiten oder sich dort bürgerschaftlich engagieren. Die Funktion der Bürgerhäuser und –zentren sei im Wesentlichen davon geprägt, dass dort eine förderliche Struktur für alle Formen von Initiativen und sozialer Arbeit bestehe. Er betont, dass es nicht ausreichend sei, nur Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen; zum Bürgerzentrum gehöre auch die notwendige personelle Ausstattung. Herr Krüger erklärt, dieser Gedanke sollte vor dem Hintergrund der Spardiskussion berücksichtigt werden.

Herr Krüger fügt hinzu, als freier Träger, der nur im Rahmen der freiwilligen Leistungen gefördert werde, bestehen immer wieder Unsicherheiten über die Auswirkung von Sparbeschlüssen. Trotzdem sei dies genau der Grund für die Flexibilität, die diese Häuser besitzen.

Herr Krüger teilt mit, die bevorstehenden Kürzungen werden voraussichtlich zu Kündigungen führen. Er erläutert kurz den Ablauf von Kündigungen im Rahmen des Tarifrechts und die damit verbundenen weiteren finanziellen Aufwendungen. Er bittet zu überlegen, ob die relativ geringen Einsparungen die erheblichen Einbußen an Leistungen rechtfertigen können.

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling bedankt sich im Namen der Ausschussmitglieder bei den Referentinnen und Referenten. Mit den Beiträgen habe man einen guten Leistungsüberblick über das Spektrum der Bürgerhäuser und –zentren erhalten können. Die Hauptsorgen bezüglich der Finanzierung habe der Ausschuss zur Kenntnis genommen.

RM Herr Ensmann macht deutlich, dass er die Entwicklung der Bürgerhäuser und –zentren schon seit anderthalb Jahrzehnten begleite. Bezug nehmend auf die Wirkung der Häuser weist er darauf hin, dass die genannten Besucherzahlen für sie sprechen.

SB Frau Wilden hält die Arbeit der Bürgerhäuser und –zentren für nützlich und unverzichtbar. Sie appelliert an die Verantwortlichen dafür zu sorgen, dass von den Häusern keine Art von Extremismus ausgehe.

SE Herr Kersjes teilt mit, sowohl die Anzahl der Besucherinnen und Besucher als auch die Bandbreite der Angebote zeige die große Bedeutung der Bürgerhäuser und –zentren auf.

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling fasst zusammen, bei der Einschätzung der Arbeit der Bürgerhäuser und –zentren gebe es durchweg eine positive Resonanz der Ausschussmitglieder.

Unabhängig von der derzeitigen Haushaltssituation beabsichtige der Ausschuss für Soziales und Senioren, regelmäßig wesentliche Teile der Kölner Sozialpolitik in diesem Gremium vorstellen zu lassen.

Herr Helling geht davon aus, dass alle Fraktionen in den bevorstehenden Haushaltsplanberatungen die dargestellten Schwierigkeiten der Bürgerhäuser und –zentren reflektieren und entsprechende Schlüsse für sich, ihre Arbeit und die Aufstellung des Doppelhaushaltes 2010/2011 ziehen werden.

## **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

Hierzu liegt nichts vor.

## **2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

Hierzu liegt nichts vor.

## **3 Beantwortung von Anfragen**

### **3.1 Beantwortung der Anfragen von Frau Schmerbach und Herrn Detjen zum Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2008 2036/2010**

RM Frau Schmerbach kritisiert, dass die Antwort der Verwaltung zu einfach ausfalle. Sie betont, junge Menschen, die die Förderschulen verlassen, benötigen dringend Ausbildungsplätze. Es sei zu überlegen, ob die Stadtverwaltung oder die stadtnahen Gesellschaften nicht grundsätzlich ein oder zwei Ausbildungs- oder Praktikumsplätze für Jugendliche mit Behinderung bereitstellen sollten.

Zu den in Höhe von 90.000 € bereitgestellten Mitteln fragt Frau Schmerbach, welcher Betrag abgerufen wurde und wie viele Mittel noch bereit stehen.

Abschließend fragt Frau Schmerbach, ob auch die Behindertenbeauftragte in diesen Prozess mit einbezogen worden sei.

SB Herr Ladenberger fasst die Inhalte der Mitteilung so zusammen, dass die Stadt Köln sich bemühe, Menschen mit Behinderung in die Stadtverwaltung zu integrieren, die Zahl der Menschen mit Behinderung jedoch zu gering sei und diese Menschen zudem auch nicht geeignet seien. SB Herr Ladenberger hält eine Zahl von 2 % Men-

schen im ausbildungsfähigen Alter mit Schwerbehinderung nicht für gering. Die Antwort der Verwaltung sei daher nicht zufriedenstellend. Die Stadtverwaltung sollte in dieser Hinsicht offensiver vorgehen.

Um die Zahlen in ein besseres Verhältnis setzen zu können, bittet SB Herr Ladenberger mitzuteilen, wie viele Ausbildungsplätze die Stadt Köln geschaffen und wie viele Stellen - außerhalb von Ausbildungsverhältnissen - bei der Stadt Köln extern besetzt worden seien.

Frau Bredehorst sagt eine Weiterleitung der Fragen an die Fachverwaltung zu.

Frau Bredehorst erklärt, die Behindertenbeauftragte sei in der Vergangenheit nicht in diesen Prozess einbezogen worden. Es gebe jedoch neue Tendenzen zum einen durch den Girls Day, zum anderen seien die Gespräche mit dem Personalamt im Zuge der Veranstaltung „Menschen mit Behinderung und Arbeit“ intensiviert worden. Seitens der Behindertenbeauftragten werde daran gearbeitet, die Stadt Köln zum Musterarbeitgeber zu machen.

Herr Santelmann berichtet, die Fachstelle für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben beim Amt für Soziales und Senioren, sei ebenfalls nicht damit zufrieden, dass zu wenige Hilfen in Anspruch genommen werden.

Die Fachstelle und die Schwerbehindertenvertretung der Stadt Köln haben in den vergangenen Monaten vermehrt Werbemaßnahmen und Gespräche innerhalb der Stadtverwaltung geführt. In letzter Zeit habe man bereits feststellen können, dass die Dienststellen vermehrt Anträge eingereicht haben. Diese Entwicklung bewertet Herr Santelmann als positiv und wird hierüber weiter berichten.

### **3.2 Patenprojekt für psychosozial belastete Familien: Anfrage von RM Frau Schmerbach in der Sitzung am 06.05.2010 2159/2010**

RM Frau Schmerbach fragt nach dem aktuellen Sachstand zu den Überlegungen, wie man dieses Projekt in Verbindung mit dem Landschaftsverband weiterführen könne.

Herr Dr. Berger bestätigt, dass es Verhandlungen mit dem Landschaftsverband gebe. Dieser habe erklärt, dass das Projekt zum Ende des Jahres auslaufen werde. Er persönlich beurteile die Aussichten für dieses Projekt jedoch nicht als ganz pessimistisch. Herr Dr. Berger fügt hinzu, er gehe davon aus, dass sich im Rahmen eines Gesamtpaketes Lösungen finden lassen werden.

### **3.3 Auffälliger Alkoholkonsum in den Stadtbezirken während der Karnevalstage hier: Beantwortung einer Anfrage aus dem Gesundheitsausschuss 2173/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.4 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen,..." fand sehr großen Anklang hier: Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 27.04.2010  
2258/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**3.5 Sachstand Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige KAD II hier: Anfrage von SE Herrn Klein in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren am 06.05.2010  
2261/2010**

RM Frau Lüttig und RM Frau Hoyer regen an, zu diesem Thema in ca. 6 Monaten einen Zwischenbericht an die zuständigen Ausschüsse zu geben.

Frau Bredehorst sagt dies zu. Außerdem stehe die offizielle Eröffnung noch aus.

**3.6 Ermessensbindungen bei Förderentscheidungen hier: Nachfrage von Herrn Krücker in der Ausschusssitzung am 06.05.2010  
2572/2010**

Frau Bredehorst teilt den derzeitigen Stand zur Haushaltslage im Sozialbereich mit. Nachfolgend erläutert sie die drei sogenannten Kürzungswellen.

Die erste Kürzungswelle sehe lineare Kürzungen für sämtliche Bereiche des Haushaltes (mit Ausnahme der Mieten für städtische Gebäude) vor. Die linearen Kürzungen belaufen sich auf 7,5 % für Pflichtbereiche bis hin zu 12,5% für freiwillige Leistungen.

Als zweite Kürzungswelle habe darüber hinaus die sogenannte Task Force-Gruppe der Verwaltung die weitere Kürzung oder Streichung von verschiedenen Bereichen vorgeschlagen. Für den Bereich des Dezernates V (Soziales, Integration und Umwelt) handele es sich dabei um Kürzungen in Höhe von ca. 9 Mio. €. Fachpolitisch könne sie inzwischen eine Kürzung von 6 Mio. € mittragen. In groben Zügen erläutert sie die weiteren Kürzungen in Höhe von 3 Mio. €, die sie nicht für sinnvoll halte.

Frau Bredehorst erklärt, im gedruckten Haushaltsplanentwurf seien nun auch die Einsparvorschläge aus den linearen Kürzungen und dem Task Force Bereich vorgesehen, mit denen sie nur schmerzlich leben könne. Sie versuche, hierfür andere Aus-

gleichsmöglichkeiten im Dezernatsbereich zu finden. Insofern sei die Haushaltssituation nach wie vor noch nicht vollständig geklärt.

Frau Bredehorst betont, es sei ihr wichtig, dass die bevorstehenden Kürzungen gemeinsam mit den Trägern besprochen werden. Unabhängig von der vorliegenden schriftlichen Beantwortung, seien zwar die Zuschussbeträge linear gekürzt worden, aber je Fachbereich ergeben sich dabei sehr unterschiedliche Situationen. Frau Bredehorst strebt an, dass die Verwaltung mit den Trägern die fachlichen Kriterien zusammen erarbeiten sollen, um, so weit wie möglich, die Kürzungen sozialverträglich zu gestalten.

Frau Bredehorst fügt hinzu, das dritte Kürzungsgeschehen werde derzeit noch erarbeitet. Einzelheiten hierzu seien nicht bekannt.

Frau Bredehorst berichtet abschließend, die Kämmerei habe verfügt, dass für das 3. Quartal 2010 Abschlagszahlungen an die freien Träger in Höhe von 75 % der gekürzten Haushaltsansätze für 2010 ausgezahlt werden dürfen.

RM Frau Schmerbach begrüßt, dass die Verwaltung bereit sei, Gespräche mit den Trägern zu führen.

SB Frau Wilden hält es für falsch, bei der Seniorenarbeit oder den freien Trägern der Wohlfahrtspflege Kürzungen vorzunehmen. Über die Kürzungen werde letztlich jedoch der Rat der Stadt entscheiden.

RM Herr Ensmann fragt sich, ob es Bereiche gebe, die von Kürzungen ganz ausgenommen werden und ob die Task Force bei ihren Kürzungsvorschlägen fachliche Aspekte berücksichtige und diese mit der Fachverwaltung diskutiere.

RM Frau Hoyer hält die kurzen Fristen, die Frau Bredehorst zur Findung von Einsparvorschlägen gegeben worden seien, für sehr bedenklich im Sinne der Sache. Sie bedauert, dass auch der gute Weg, das Gespräch mit den freien Trägern zu suchen, zu spät beschritten werde.

SE Herr Kersjes kritisiert im Namen der Liga der Wohlfahrtsverbände die schriftliche Mitteilung und die mündlichen Ausführungen der Verwaltung. Die Position der Liga sei inzwischen hinreichend bekannt. SE Herr Kersjes betont, es habe bisher noch keine Abstimmung mit den Wohlfahrtsverbänden zu dem Haushaltsplanentwurf und den Kürzungen gegeben. Mit den bisher bekannt gewordenen Einsparvorschlägen seien die Wohlfahrtsverbände auch nicht einverstanden. Herr Kersjes spricht sich dafür aus, dass sich alle gesellschaftlich relevanten Gruppen mit der Kommunalpolitik zu Gesprächen zusammenfinden sollten, um sozialgerechte und sozialverträgliche Lösungen zu suchen.

SE Frau Dierksmeier fügt hinzu, letztlich müsse die Politik über den Haushalt entscheiden. Sie vermisse jedoch von dort Signale zu dem weiteren Vorgehen und den Perspektiven für die Zukunft.

SE Frau Burauen erklärt, die Seniorenberatung und die Seniorennetzwerke seien sehr wichtig. Die Seniorenvertretung sei entsetzt über die beabsichtigten Kürzungen in diesem Bereich.

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling fasst zusammen, dass die Verwaltung, auch im Auftrag des Finanzausschusses, schnellstmöglich mit den Trägern Gespräche aufnehmen solle. Dabei solle geklärt werden, wie mit den Kürzungen umgegangen und welche Schwerpunkte dabei gesetzt werden sollen.

Weiterhin sei bisher noch offen, in welcher Art und Weise und wann die Fraktionen Überlegungen zu Prioritätensetzung innerhalb des Haushaltsplanentwurfs anstellen wollen.

Frau Bredehorst berichtet, der Oberbürgermeister habe alle gesellschaftlich relevanten Gruppen zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, die am 05.07.2010 stattfinden werde.

**3.7 Antwortschreiben der Kämmerei bezüglich des Brandbriefes der Liga der Wohlfahrtsverbände  
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann  
2520/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Beantwortung auf die nächste reguläre Sitzung.

**3.8 Finanzierung der Vorsorgemappe der Kölner Seniorenvertretung  
2388/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Beantwortung auf die nächste reguläre Sitzung.

**3.9 Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln  
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 16.04.2009  
AN/0700/2009, Antwort der Verwaltung in der Sitzung am 26.11.2009  
(3351/2009)  
2322/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Beantwortung auf die nächste reguläre Sitzung.

**4 Mitteilungen**

**4.1 Förderung von Partizipation in benachteiligten Stadtvierteln  
Mitteilung über die Ergebnisse der Abfrage bestehender und erforderlicher Angebote bei der LIGA der Wohlfahrtsverbände  
1036/2010**

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling stellt fest, dieser Punkt sei in gewissem Umfang bereits in der letzten Sitzung diskutiert worden. Es sei festgestellt worden, dass



die gemachte Erhebung bestimmte Schwächen habe und dass es zusätzlicher Ressourcen bedarf, um Partizipation zu stärken.

Weiterhin teilt Herr Helling mit, dass die SPD-Fraktion die Mitteilung zusammen mit der Beantwortung der Anfrage ggf. erneut diskutieren wolle. Da die Beantwortung voraussichtlich erst zur nächsten Sitzung vorliege, sollte auch der ggf. bestehende Diskussionsbedarf auf die nächste Sitzung vertagt werden.

#### **4.2 Neuer Stadtteilrundgang durch Köln-Bickendorf erschienen 2079/2010**

RM Frau Schultes regt an, diese Broschüre auch in den Bürgerzentren auszulegen.

RM Herr Kienitz bittet, den Flyer auch in der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzustellen.

Die Verwaltung nimmt diese Anregungen auf.

#### **4.3 Einschulungshilfen für Erstklässler zum Schuljahr 2010/2011 1869/2010**

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling bittet die Verwaltung, die Konsequenz aus dieser Mitteilung klarer darzustellen.

Frau Bredehorst teilt mit, da es sich hierbei um eine rein freiwillige Leistung handele, dürfe die Verwaltung diese Leistung im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nicht auszahlen.

RM Frau Schultes hält es für schwierig, die Sachlage den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln. Sie bittet die Verwaltung um Prüfung, inwiefern diese Leistung auch während der vorläufigen Haushaltsführung fortgesetzt werden könne.

RM Frau Stahlhofen schließt sich der Auffassung von Frau Schultes an und spricht sich entschieden für eine Auszahlung der Leistung aus.

SE Frau Hollmann bittet um Auskunft, ob hierfür Mittel in den Haushalt 2010 eingestellt wurden und wie die Handhabung in der Praxis aussehen werde.

SE Frau Wilden hält diese Leistung ebenfalls für sinnvoll. Jedoch sei eine Finanzierung nur dann möglich, wenn genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Frau Bredehorst erläutert, die Vorschriften zur vorläufigen Haushaltsführung des § 82 GO NRW seien sehr streng. Tatsächlich dürfen in diesem Falle die Leistungen erst dann ausgezahlt werden, wenn der Haushalt beschlossen und genehmigt sei.

Frau Bredehorst fügt hinzu, auch die Einschulungshilfen seien von der Task Force zur Einsparung vorgeschlagen worden. Hierfür müsse sie noch einen Ausgleich suchen.

Den Wortbeiträgen der Ausschussmitglieder entnimmt Frau Bredehorst, dass sie diesen Ausgleich mit Vehemenz suchen sollte. Die Verwaltung müsse sich ein Verfahren für die Praxis überlegen und die Schulen entsprechend informieren.

Der Vorsitzende Herr Helling fasst zusammen, die Verwaltung sollte für den Fall, dass nach den Beschlüssen zum Haushalt für Einschulungshilfen noch Mittel zur Verfügung

stehen, ein späteres Verfahren zur Abwicklung in der Praxis finden. Damit solle vermieden werden, dass evtl. für 2010 Geld im Haushalt zur Verfügung gestellt würde, das aber nicht abgerufen werden könnte, da das Antragsverfahren schon längst vorbei sei.

#### **4.4 Interventionenstellen gegen häusliche Gewalt 1778/2010**

RM Frau Lüttig betont, vor dem Hintergrund der grenzwertigen Auslastung der Interventionsstelle, dass dies sein ein wichtiges Thema.

RM Frau Hoyer bittet die Verwaltung, die Entwicklung der Interventionsstelle über einen längeren Zeitraum als die beiden letzten Jahre darzustellen. Außerdem regt sie an, auch bei den Tätern einen evtl. Migrationshintergrund zu differenzieren.

RM Frau Schmerbach teilt mit, die Mitteilung mache deutlich, wie notwendig diese Interventionsstelle sei.

#### **4.5 Diskussionspapier der Kultusministerkonferenz "Pädagogische und rechtliche Aspekte der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderung (Behindertenrechtskonvention - VN-BRK) in der schulischen Bildung" 2372/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Mitteilung auf die nächste reguläre Sitzung.

#### **4.6 Konzept zur Sicherung des Möbelverbundes unter Einbeziehung zulässiger öffentlicher Beschäftigungsförderung 2465/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Mitteilung auf die nächste reguläre Sitzung.

#### **4.7 Mülheim - Programm: Fortführung des Stadtteilzentrums Buchforst in Trägerschaft des Runden Tisches Buchforst e.V. hier: Mitteilung der geförderten Fortführung bis Ende 2011 an politische Ausschüsse 2437/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren stimmen darin überein, die Mitteilung zusammen mit dem Antrag unter TOP 8.1 zu beraten.

**4.8 Kölner Netzwerk Bürgerengagement  
Sachstandsbericht 2009 bis Mitte 2010  
2535/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Mitteilung auf die nächste reguläre Sitzung.

**4.9 Kooperationsvereinbarung zu Leistungen der Eingliederungshilfe und zu Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem Sozialgesetzbuch XII zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Stadt Köln  
2543/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Mitteilung auf die nächste reguläre Sitzung.

**5 Wohnen**

**5.1 Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau  
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
1455/2010**

Der Vorsitzende Herr Helling kündigt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass die Fraktion hierzu ggf. weitere Anträge oder Anfragen stellen werde.

**5.2 Festsetzungsmöglichkeit für öffentlich geförderten Wohnungsbau  
0363/2010**

SE Frau Appelmann fragt zu den Festsetzungsmöglichkeiten für öffentlich geförderten Wohnungsbau, wie die Umsetzung in der Stadt Köln erfolge.

Frau Kröger teilt mit, die Verwaltung habe einen Auftrag, ein Konzept für eine sozialgerechte Bodennutzung zu erstellen. Das Stadtplanungsamt sei für die Erarbeitung zuständig.

Herr Graf bestätigt dies. Es sei ein externer Sachverständiger eingeschaltet worden. Jedoch werde es noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis dieses Konzept den politischen Gremien vorgelegt werden könne.

**5.3 Situation des Kölner Baulückenprogramms  
Bisherige Verfahrensweise und Erfolge  
1823/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**5.4 Handlungskonzept Strategisches Flächenmanagement  
2000/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**5.5 Sachstandsbericht zu den städtisch geförderten fünf Pilotprojekten  
"Mehrgenerationenwohnen in Köln"  
2175/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Mitteilung auf die nächste reguläre Sitzung.

**6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln**

**6.1 Information über die im Rahmen des Integrierten Handlungskonzepts  
Mülheim 2020 aufgelegten Starterprojekte "Frau und Beruf" und "Mül-  
heimer Job.Factory - Aktiv Plus"  
2364/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Mitteilung auf die nächste reguläre Sitzung.

**6.2 Halbjahresbericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln / 1. Hj. 2010  
2524/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Mitteilung auf Sondersitzung am 05.07.2010.

**6.3 Interessenbekundung zur Durchführung des Modellprojektes "Bürgerarbeit" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales  
2567/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Mitteilung auf die nächste reguläre Sitzung.

**7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**

**7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 06/2010  
2517/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Mitteilung auf die nächste reguläre Sitzung.

**8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

**8.1 Finanzierung Stadtteilzentrum Buchforst  
hier: Antrag der Fraktion DieLinke.Köln vom 31.05.2010  
AN/1037/2010**

Die Tagesordnungspunkte 4.7 und 8.1 werden gemeinsam beraten.

Frau Kröger teilt mit, der Runde Tisch Buchforst sei über mehrere Jahre hinweg durch das Amt für Stadtentwicklung und Statistik im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ gefördert worden. Dieses Programm werde bald beendet. Frau Kröger berichtet, es laufen noch einige Teilmaßnahmen, deren Förderung jedoch auch in diesem Jahr auslaufen werde. Dazu gehöre auch der Runde Tisch Buchforst. Eine Übernahme des Runden Tisches in das neue Programm „Mülheim 2020“ stehe den Förderbestimmungen der EU entgegen.

Frau Kröger bestätigt, dass der Runde Tisch sehr gute Arbeit leiste. Daher habe die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung und dem Ministerium erreichen können, dass dieser Tisch noch ein Jahr gefördert werden könne. Eine darüber hinausgehende Förderung seitens des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik sei nicht möglich.

RM Frau Stahlhofen begründet den Antrag der Fraktion DieLinke.Köln. Sie hält es für wichtig, dass der Runde Tisch Buchforst seine integrative Arbeit weiterführen könne. Sie bittet Frau Bredehorst zu prüfen, ob eine Förderung aus dem Budget des Dezernates für Soziales, Integration und Umwelt möglich sei.

SB Herr Dr. Schulz schlägt vor, dieses Thema in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

Die Antragsteller sind mit diesem Vorschlag einverstanden.

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren begrüßen grundsätzlich die Arbeit des Runden Tisches Buchforst und verständigen sich nachfolgend darauf, den Antrag mit dem Votum des Ausschusses bei den Haushaltsplanberatungen zu berücksichtigen.

## **9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### **9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen**

#### **9.1.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 04.05.2010 AN/0872 /2010**

Die Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

#### **9.1.2 Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtvierteln hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.05.2010 AN/0895 /2010**

Die Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

### **9.2 Aktuelle Anfragen**

#### **9.2.1 Trinkräume für Köln hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.06.2010 AN/0930/2010**

Die Beantwortung der Verwaltung liegt noch nicht vor.

## **10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

### **10.1 Bürgerhaushalt 2010 - Vorschlag Nr. 66: Runder Tisch Buchforst 2462/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Beschlussvorlage auf die nächste reguläre Sitzung.

**10.2 Bürgerhaushalt 2010 - Vorschlag Nr. 1527 Bürgerzentrum Engelshof  
2463/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Beschlussvorlage auf die nächste reguläre Sitzung.

**10.3 Bürgerhaushalt 2010 - Vorschlag Nr. 330 Bürgerhaus Mütze  
2464/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Beschlussvorlage auf die nächste reguläre Sitzung.

**11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

Hierzu liegt nichts vor.

**12 Ausschussempfehlungen an den Rat**

**12.1 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen  
(Az.: 02-1600-92/09)  
0306/2010**

**12.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 15.06.2010  
AN/1132 /2010**

**12.1.2 mündlicher Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die  
Grünen**

Frau Bredehorst stellt kurz die Hintergründe und das Ziel dieser Beschlussvorlage vor.

RM Herr Ensmann begründet den Antrag der CDU-Fraktion. Ziel sei es, die Behinderungen der Kinder differenziert zu betrachten. Es sei sicher nicht möglich, alle Kinder mit Behinderungen in Regelschulen zu unterrichten. Bei der Wahl der Schule sei das Kindeswohl entscheidend. Herr Ensmann erklärt, die Entscheidung zwischen Regel- oder Förderschule müsse den Eltern erhalten bleiben.

RM Frau Schmerbach und RM Frau Lüttig halten diesen Vorschlag der CDU-Fraktion für einen Rückschritt und lehnen den Änderungsantrag ab. RM Frau Lüttig verweist auf die Inklusionsquote von 80% und hält zudem eine Bereitstellung von doppelten Kapazitäten durch Plätze an Regelschulen und Förderschulen für nicht sinnvoll. Eine

Umfrage zum Thema Elternwillen habe deutlich gemacht, dass sich mit 72% die Mehrzahl dieser Eltern für einen gemeinsamen Unterricht ausgesprochen habe.

RM Frau Hoyer hält die Auffassungen für nicht so weit entfernt. Zielsetzung sei, möglichst für alle Kinder, eine inklusive Beschulung zu erreichen. Für eine bestimmte Gruppe sollte jedoch auch weiterhin die Möglichkeit einer optimalen Unterstützung in einer Förderschule bereitgestellt werden. Die FDP unterstützte daher den Änderungsantrag der CDU.

SB Herr Dr. Schulz betont, Inklusion bedeute, die Einbeziehung Aller. Herr Dr. Schulz hält daher die Schaffung von Ausnahmetatbeständen und Zweigleisigkeit für falsch.

SB Herr Ladenberger ist der Auffassung, derzeit gebe es die Situation, dass die Eltern, die ihr Kind inklusiv in einer Regelschule beschulen wollen, das Problem haben, dies durchzusetzen. Eltern, die ihr Kind auf eine Förderschule geben wollen, haben keine Probleme damit. Eine Prioritätensetzung in Richtung Förderschule halte er nicht für sachdienlich.

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling stellt zunächst den **Änderungsantrag der CDU-Fraktion** zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat dankt dem Antragsteller für die Initiative. Er befürwortet die Zielsetzung der Inklusion an allen städtischen Schulen und beauftragt die Verwaltung:

1. die Ausweitung einer inklusiven Beschulung in Zusammenarbeit mit dem Land umzusetzen. Im Rahmen eines Kölner Inklusionsplans sind die erforderlichen Schritte mit dem Ziel einer kontinuierlichen Steigerung der Inklusionsquote auf zunächst 80 % darzustellen, einschließlich des dafür von Stadt und Land benötigten Unterstützungsbedarfs.
2. in der Schulentwicklungsplanung (1. Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan) die Basis dafür zu schaffen, dass die Ziele der UN-Konvention Art. 24 realisiert werden können.
3. die Anstrengungen zu verstärken, um mehr Angebote zur integrativen Beschulung, insbesondere in weiterführenden Schulen, zu schaffen. Gemeinsam mit der Bezirksregierung soll kurzfristig pro Bezirk mindestens ein Angebot mit integrativen Klassen entstehen.
4. *die Plätze im gemeinsamen Unterricht weiter auszubauen und zudem an Förderschulen eine am Förderbedarf ausgerichtete Platzzahl vorzuhalten, um für die Kinder eine für deren jeweilige Beeinträchtigung bestmögliche Beschulung zu gewährleisten und den Eltern zudem die Schulwahlmöglichkeit für ihre Kinder einzuräumen.*
5. Eltern, Schulen, Kindergärten und die Öffentlichkeit über die Zielsetzung der Stadt Köln zum Ausbau der Inklusion aktiv und gezielt zu informieren.

Der Rat appelliert an die Landesregierung, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der schulischen Inklusion durch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Art. 24 in Landesrecht zu schaffen.



**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

Für den Antrag stimmen die Fraktionen CDU, FDP und pro Köln. Gegen den Antrag stimmen die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

RM Frau Lüttig stellt mündlich einen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor. Der Änderungsantrag sehe vor, einen Punkt 6. in den Beschlussvorschlag der Verwaltung aufzunehmen. Punkt 6. solle den Satz umfassen: „Die Planung soll mit einem Zeitkonzept versehen werden.“

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling stellt den **mündlich vorgetragenen Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen** zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Ergänzung der Verwaltungsvorlage um Punkt

6. Die Planung soll mit einem Zeitkonzept versehen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

Anschließend stellt der Ausschussvorsitzende Herr Helling die **Punkte 1. bis 5. der Beschlussvorlage einzeln zur Abstimmung.**

**Beschluss:**

1. die Ausweitung einer inklusiven Beschulung in Zusammenarbeit mit dem Land umzusetzen. Im Rahmen eines Kölner Inklusionsplans sind die erforderlichen Schritte mit dem Ziel einer kontinuierlichen Steigerung der Inklusionsquote auf zunächst 80% darzustellen, einschließlich des dafür von Stadt und Land benötigten Unterstützungsbedarfs.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

**Beschluss:**

2. in der Schulentwicklungsplanung (1. Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan) die Basis dafür zu schaffen, dass die Ziele der UN-Konvention Art. 24 realisiert werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

**Beschluss:**

3. die Anstrengungen zu verstärken, um mehr Angebote zur integrativen Beschulung, insbesondere in weiterführenden Schulen, zu schaffen. Gemeinsam mit der Bezirksregierung soll kurzfristig pro Bezirk mindestens ein Angebot mit integrativen Klassen entstehen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

**Beschluss:**

4. auf die Ausweitung der Plätze an Förderschulen zu verzichten und die Planungen auf die integrative Beschulung auszurichten.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich angenommen

Gegen den Punkt 4. der Beschlussvorlage stimmen die Fraktionen CDU und FDP. Dafür stimmen die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Es enthält sich die Fraktion pro Köln.

**Beschluss:**

5. Eltern, Schulen, Kindergärten und die Öffentlichkeit über die Zielsetzung der Stadt Köln zum Ausbau der Inklusion aktiv und gezielt zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen bei Enthaltung der Fraktion pro Köln

Abschließend stellt der Vorsitzende Herr Helling die **gesamte Beschlussvorlage einschließlich des neu aufgenommenen Punktes 6.** zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat dankt dem Antragsteller für die Initiative. Er befürwortet die Zielsetzung der Inklusion in allen städtischen Schulen und beauftragt die Verwaltung:

1. die Ausweitung einer inklusiven Beschulung in Zusammenarbeit mit dem Land umzusetzen. Im Rahmen eines Kölner Inklusionsplans sind die erforderlichen Schritte mit dem Ziel einer kontinuierlichen Steigerung der Inklusionsquote auf zunächst 80% darzustellen, einschließlich des dafür von Stadt und Land benötigten Unterstützungsbedarfs.
2. in der Schulentwicklungsplanung (1. Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan) die Basis dafür zu schaffen, dass die Ziele der UN-Konvention Art. 24

realisiert werden können.

3. die Anstrengungen zu verstärken, um mehr Angebote zur integrativen Beschulung, insbesondere in weiterführenden Schulen, zu schaffen. Gemeinsam mit der Bezirksregierung soll kurzfristig pro Bezirk mindestens ein Angebot mit integrativen Klassen entstehen.
4. auf die Ausweitung der Plätze an Förderschulen zu verzichten und die Planungen auf die integrative Beschulung auszurichten.
5. Eltern, Schulen, Kindergärten und die Öffentlichkeit über die Zielsetzung der Stadt Köln zum Ausbau der Inklusion aktiv und gezielt zu informieren.
6. Die Planung soll mit einem Zeitkonzept versehen werden.

Der Rat appelliert an die Landesregierung, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der schulischen Inklusion durch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Art. 24 in Landesrecht zu schaffen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

Für die Beschlussvorlage stimmen die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Es enthalten sich die Fraktionen CDU, FDP und pro Köln.

## **12.2 Anbau eines Aufzuges im Bürgerzentrum Deutz 1922/2010**

RM Frau Hoyer kritisiert die lange Verfahrensdauer seit dem Ratsbeschluss aus dem Jahre 2008 bis zur Vorlage der Beschlussvorlage als Tischvorlage. Dabei handele es sich lediglich um den Bau eines Aufzuges.

SB Herr Dr. Schulz schließt sich dieser Auffassung an. Er hofft außerdem, dass diesem Aufzug noch viele weitere folgen werden.

Frau Bredehorst sagt eine Weiterleitung der Anmerkungen an die Fachverwaltung zu.

Der Vorsitzende Herr Helling stellt nachfolgend die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt, die Baumaßnahme „Anbau eines Außenaufzuges im Bürgerzentrum Deutz“ auf Grundlage der vorgelegten Planung durchzuführen. Die Finanzierung erfolgt durch Umschichtung von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von 266.000 € von der Maßnahme Nr. 50-126 Bürgerzentrum Alte Feuerwache zu Gunsten der Maßnahme Nr. 50-120 Bürgerzentrum Deutz.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**12.3 Bürgerzentrum Deutz - Realisierung Integrations-Gastronomie durch Umbau der Küche  
1929/2010**

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des nachfolgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat nimmt die Planung und die Kostenberechnung zur Kenntnis und beschließt unter Berücksichtigung des § 82 GO NRW für den Umbau der Küche (Integrationsgastronomie) im Bürgerzentrum Deutz die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 235.000 € im Teilfinanzplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, Teilfinanzplanzeile 8, Auszahlung von Baumaßnahmen, Haushaltsjahr 2010.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**12.4 Leitbild Köln 2020  
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht  
2225/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Beschlussvorlage auf die nächste reguläre Sitzung.

**12.5 Zuschuss für das Zentrum für Therapeutisches Reiten Köln e.V.  
0214/2010**

Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Senioren vertagen die Beschlussvorlage auf die nächste reguläre Sitzung.

**13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

**13.1 "Kunstsehen" - Blinden-Kunst- und Kulturstadtplan Köln  
1937/2010**

RM Frau Schmerbach fragt, wie es um Barrierefreiheit in den anderen Kultureinrichtungen bestellt sei. Dabei bittet sie um Informationen, die über die reine Zugänglichkeit eines Gebäudes hinausgehen.

Frau Bredehorst berichtet in diesen Themen seien die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der verwaltungsinterne Arbeitskreis sehr aktiv. Sie sagt eine Weiterleitung der Frage an die Kulturverwaltung zu.

## **13.2 Barrierefreiheit im Kulturzentrum am Neumarkt (KAN) 1939/2010**

RM Herr Ensmann ist entsetzt darüber, dass erst über die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ein Beschluss gefasst werden musste, um die Barrierefreiheit des Kulturzentrums am Neumarkt durch nachträgliche Maßnahmen herstellen zu können. Er hält diesen Vorfall für äußerst bedauerlich.

Frau Bredehorst erklärt, das Büro der Behindertenbeauftragten sei in solchen Angelegenheiten sehr aktiv und schalte sich im Bedarfsfalle auch in die Verfahren ein. Diese Erfahrungen seien zwar schmerzhaft, lösen aber auch hohe Lerneffekte aus, da nachträgliche Ausbesserungen teurer und nicht so schön anzusehen seien.

SB Herr Ladenberger berichtet, der Fall mache deutlich, dass es sich hier um einen sehr zähen Prozess handle. Der Arbeitskreis „Barrierefreies Köln“ und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik seien schon lange in die Planungen zum Kulturzentrum am Neumarkt eingebunden gewesen. Zur Barrierefreiheit der Planungen seien Vereinbarungen getroffen worden, die gerade durch das Architekturbüro immer wieder unterlaufen wurden.

Herr Ladenberger erläutert, es gebe jedoch auch Maßnahmen zur Barrierefreiheit, die noch nicht durch Vorschriften verbindlich geregelt seien. Erst durch die Intervention auf verschiedenen Ebenen sei es gelungen, die Mängel am Kulturzentrum am Neumarkt zu heilen.

Herr Ladenberger glaubt, dass letztlich ein weitestgehend barrierefreies Museum entstehen werde. Er betont nochmals, dies sei jedoch ein sehr langer Prozess gewesen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Helling bittet darum, die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik über die heutige Beratung zu informieren.

## **14 Anfragen**

### **14.1 Wohnungslose Menschen mit Pflegebedarf hier: mündliche Anfrage von RM Frau Lüttig**

RM Frau Lüttig bittet die Verwaltung, regelmäßig über das Thema „Wohnungslose Menschen mit Pflegebedarf in Köln“ und das weitere Verfahren im Ausschuss für Soziales und Senioren zu berichten.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

gez. Helling  
(Vorsitzender)

gez. Kutzer  
(Schriftführerin)